



# Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 120. Jahrgang, Nr. 227

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

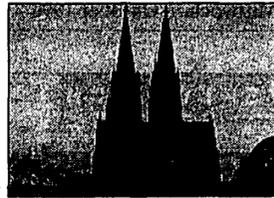
Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 - Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 - Fax Inserate (075) 237 51 66  
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li - Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



## JUGEND-EXTRA

### «Radiokapitän» Andreas Krättli

Seine frechen Sprüche als «Captain K» laufen seit über einem Jahr über die Hitfrequenzen von Radio L. Seite 12



## TOURISMUS

### Gotik in Vollendung

Der Kölner Dom als würdige Stätte für den Goldenen Schrein der Heiligen Drei Könige errichtet. Seite 17

## TAGESSCHAU

### «Die Schönheit sehen auf der Welt!»

Die Holländerin kam nur auf einen Tag ins Malbun. Aber am Skilift stand Alois Büchel. Drei solche Kinder würden er und Antje haben! «Nach dem Diplom gehen wir!» sagten sich Antje und ein paar andere junge Krankenschwestern im Nordwesten Hollands vor siebzehn Jahren, «mal raus aus Holland, was anderes erleben!» Gesagt, getan. Im Spital Feldkirch bekamen sie den ersten Job. Seite 2

### Gemeinsames Bildungsprojekt

Seit März dieses Jahres arbeitet die Realschule Vaduz zusammen mit der Junedalskolan aus Jönköping in Schweden an einem Bildungsprojekt zum Thema: «Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Alltag der Jugendlichen in Liechtenstein und Schweden». Seite 6

### Lustige Kinderfilmwelt

Nach drei Jahren mit der «Zauberlaterne» hat sich das TaK-Team entschlossen, einen eigenen Kinderfilmclub zu führen. Und am 10. Oktober 1998 eröffnen sich im Schaaner TaKino für Kinder ab sieben Jahren ganz neue Filmperspektiven. Seite 7

### «Den Tod zum Freund machen»

Inzest, Mütter missbrauchen ihre Söhne, Sterbehilfe, Tod... alles Tabuthemen in einer «tabulosen Zeit». Anscheinend gibt es immer noch Themen, über die nicht gesprochen wird, vielleicht aus Angst? Wer spricht schon gerne über den Tod? «Ich glaube, im Tod werden wir verwandelt und Christus ähnlich. Der Tod ist keine Vernichtung, sondern eine Verwandlung und Aufhebung meines Lebens in eine andere göttliche Dimension.» Seite 10

### Federer konnte Agassi nicht fordern



Marc Rosset (Bild) hat an den Davidoff Swiss Indoors in Basel zum ersten Mal seit 1994 wieder die 2. Runde erreicht. Der Genfer gewann gegen Tommy Haas in zwei Stunden und 12 Minuten 7:6 (7:3), 4:6, 7:6 (7:4). Roger Federer dagegen verlor das «Spiel des Tages» gegen André Agassi in 56 Minuten 3:6, 2:6. Seite 18

# Stimmrechtsalter 18 Jahre ohne Vernehmlassung

Regierungschef Mario Frick nimmt Vorschlag der FBPL auf

**Das Stimm- und Wahlrechtsalter soll – wie bereits berichtet – von derzeit 20 auf 18 Jahre herabgesetzt werden. Regierungschef Mario Frick, der an der Jungbürgerfeier eine diesbezügliche Initiative der Fortschrittlichen Bürgerpartei aus dem Jahre 1990, die bei einer Abstimmung 1992 keine Volksmehrheit fand, wieder aufgriff, möchte diesen Antrag ohne Vernehmlassung in den Landtag bringen. Auch wird er keine Volksabstimmung darüber vorschlagen.**

«Die Mehrheit der 18- bis 20jährigen steht vollverantwortlich im Berufs- und Erwerbsleben mit den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten», argumentierte die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBPL) bei der Einbringung einer Motion zur Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters im Jahre 1990. Die Re-

gierung empfahl im Vorfeld der im Sommer 1992 durchgeführten Volksabstimmung zu dieser Angelegenheit, ein «Ja in die Urne zu legen».

### Keine Vernehmlassung

Das Volk entschied damals anders: Bei einer schwachen Stimmbeteiligung von nur 36,5 Prozent wollten zwar 2184 Stimmberechtigte den 18- bis 20jährigen das Stimm- und Wahlrecht zuerkennen, doch eine deutliche Mehrheit von 2814 Abstimmenden votierte mit Nein. Für Regierungschef Mario Frick erscheint die Sachlage – das Für und Wider der Herabsetzung der politischen Mündigkeit um zwei Jahre, in Einklang mit der Senkung des Mündigkeitsalters auf ebenfalls 18 Jahre – klar. Eine Vernehmlassung soll es nach seinen Vorstellungen nicht geben, weil es sich um eine «Ja- oder Nein-Entscheidung» handle: Entweder man stimme der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters von 20 auf 18 Jahre zu oder man lehne diese Änderung ab – eine

Zwischenlösung sei nicht möglich. Auch in den Medien publizierte Kurzumfragen hätten die Regierung in ihrem Ansinnen bestärkt, keine Vernehmlassung durchzuführen.

### Keine Volksabstimmung

Im Gegensatz zur FBPL-Motion 1990, die vom Landtag an die Volksabstimmung zur endgültigen Entscheidung weitergegeben wurde, sieht Regierungschef Mario Frick die Notwendigkeit einer Abstimmung nicht. Der Regierungsvorschlag soll jedoch dem fakultativen Referendum unterstellt werden, womit der Weg für eine Volksabstimmung offen sei. In Umkehrung des Prozederes bei einer Volksabstimmung, die 1990 bei der Beratung des FBPL-Vorschlags von der VU-Fraktion noch unter allen Umständen gefordert wurde, müssten sich die Gegner einer Herabsetzung des Stimmrechtsalters formieren und Unterschriften für eine Abstimmung sammeln.

### Begründungen unverändert?

Die Regierung geht in ihren Überlegungen offenbar davon aus, dass sich die Argumente für und wider eine Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters seit der letzten Abstimmung nicht verändert haben. Als Gründe für eine Herabsetzung nannten Regierung und Landtag 1992 die Berufstätigkeit der 18- bis 20jährigen, die teilweise schon voll verantwortlich im Erwerbsleben und in der Wirtschaft stehen würden. Ferner wurde die politische Reife angesprochen, die in der heutigen Informationsgesellschaft früher erreicht werde. Für eine Senkung der Altersgrenze spreche auch die Alterstruktur, indem die ältere Bevölkerungsschicht immer grösseres Gewicht erhalte.

Als Gegenargument stand das fehlende politische Interesse der Jugend, die Überforderung «bei der Befassung mit öffentlichen Angelegenheiten», die sich auch bei gestandeneren Bürgerinnen und Bürgern bemerkbar mache. Günther Meier

## BUCHMESSE

### Bücher über Bücher

Mit der Rede des Schweizer Bundespräsidenten Flavio Cotti ist die 50. Internationale Frankfurter Buchmesse gestern eröffnet worden. Das Fürstentum Liechtenstein ist an der diesjährigen Buchmesse zum zweitenmal mit einem eigenen Länderstand vertreten. Flavio Cotti ermunterte Schriftsteller zur Kritik. Die Festrede des britischen Verlegers Lord Georg Weidenfeld stand ganz im Zeichen des 50jährigen Bestehens der Buchmesse. Während des kalten Krieges sei Frankfurt einer der wenigen Orte gewesen, an denen sich Ost und West im geographischen und politischen Sinne näher kommen konnten. Mehr über die Buchmesse auf Seite 11.



# Keine Fortsetzung der «Eintrittskarte»

EWR: Keine Einigung zu den EU-Beitragszahlungen erreicht

**Die dem EWR angehörenden Efta-Staaten wollen ihre Beitragszahlungen für die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) nicht nach dem gleichen Prinzip wie bisher leisten. Norwegen, Island und Liechtenstein haben am Dienstag in Luxemburg in dieser Frage mit der EU keine Einigung erzielt.**

Die EU-Aussenminister und ihre drei EWR-Kollegen diskutieren die Definierung eines neuen Finanzierungsmechanismus. Die gültige Regelung der Beitragszahlungen läuft Ende Jahr aus. Die drei betroffenen Länder schliessen eine Fortsetzung dieser Abmachung aus, die als eine Art «Eintrittskarte» für die EWR-

Teilnahme verstanden worden war, wie Efta-Kreise erklärten.

### Erweiterungsprojekte der EU

Die neue Vereinbarung muss auch die Erweiterungsprojekte der EU in den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas berücksichtigen. In den ersten fünf Jahren seit Bestehen des EWR waren die Beiträge mit insgesamt 500 Mio. Ecu (800 Mio. Franken) festgelegt worden. Die als «reich» geltenden Efta-Länder haben dadurch vor allem die wirtschaftlich schwachen südlichen Regionen der EU unterstützt. Sie übernahmen unter anderem auch die Zinszahlungen für Darlehen, die die Europäische Investitionsbank diesen Regio-

nen genehmigt hatte. Im Mittelpunkt der am Dienstag in Luxemburg geführten Diskussion standen nicht die Höhe der Beiträge selbst, sondern das Prinzip der Zahlungen. Die von den EWR-Staaten profitierenden EU-Länder, allen voran Spanien, wollen am bisherigen Mechanismus festhalten und lediglich über die Höhe der Beitragszahlungen neu verhandeln. Aber auch die «reichen» EU-Länder unterstützen das Begehren ihrer Partner aus der Europäischen Freihandelszone (Efta) nicht.

### Harter Verhandlungsbrocken

Die Festlegung der Beitragszahlungen für die Teilnahme am EWR galt bei dessen Gründung neben der

Regelung zum Alpentransit und zu den Fischereirechten zu den harten Verhandlungsbrocken. Wegen des EWR-Neins der Schweiz musste der Schlüssel neu verhandelt werden. Dies war auch der Hauptgrund für die Verzögerung von einem Jahr für den EWR. Ursprünglich sollte er bereits Anfang 1993 in Kraft treten. Wäre die Schweiz dem EWR beigetreten, hätte sie rund ein Viertel der Efta-Zahlungen an die EU übernehmen müssen. Während den EWR-Verhandlungen zählte die Efta sieben Mitglieder: Österreich, Schweden, Finnland, Norwegen, Island, Liechtenstein und die Schweiz. Die ersten drei dieser Länder traten Anfang 1995 der EU bei.

REKLAME

Anders Als Alle Anderen

**mazda**

NEGELE Automobile Triesen  
Tel. 075 / 392 45 80